

V1 Vollgas in die Zukunft! - Für eine zukunftsgerechte ÖPNV-Politik.

Gremium: Grüne Jugend KV Wolfenbüttel
Beschlussdatum: 03.11.2025
Tagesordnungspunkt: #14 Verschiedene Anträge

Zusammenfassung

Im Regionalverband Großraum Braunschweig wurden massive Kürzungen im Regiobusverkehr beschlossen. Dadurch wird Mobilität eingeschränkt und die Verkehrswende gefährdet. Niedersachsen investiert mit nur 15 Euro pro Einwohner*in bundesweit am wenigsten in den ÖPNV. Wir fordern, die Ausgaben auf mindestens 50 Euro zu erhöhen und ein Sonderprogramm „Zukunftsfähiger ÖPNV 2028“ aufzulegen. Damit sollen insbesondere ländliche Regionen unterstützt und Kürzungen zurückgenommen werden.

- 1 Die Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Niedersachsen möge beschließen:
- 2 1. Die Grüne Jugend Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, die Pro-Kopf-Ausgaben für den ÖPNV in Niedersachsen auf mindestens 50 Euro pro Einwohner*in zu erhöhen, um den bundesweiten Rückstand aufzuholen und eine zukunftsfähige Mobilitätswende zu ermöglichen.
- 3 2. Die Grüne Jugend Niedersachsen fordert die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen auf, sich für ein Sonderförderprogramm "Zukunftsfähiger ÖPNV 2028" einzusetzen, das insbesondere ländlich geprägten Regionen wie dem Großraum Braunschweig zusätzliche finanzielle Mittel für den Erhalt und Ausbau des Regiobusverkehrs zur Verfügung stellt.
- 4 3. Die Grüne Jugend Niedersachsen verurteilt die von SPD und CDU im Regionalverband Großraum Braunschweig beschlossenen Kürzungen im Regiobusverkehr und fordert deren Rücknahme sowie die Entwicklung eines nachhaltigen Finanzierungskonzepts für den ÖPNV in der Region.
- 5 4. Die Grüne Jugend Niedersachsen setzt sich für eine Reform der Verbandsumlage im Regionalverband Großraum Braunschweig ein, um eine auskömmliche und langfristig gesicherte Finanzierung des ÖPNV zu gewährleisten.

Begründung

Der öffentliche Personennahverkehr ist ein zentraler Baustein für die Mobilitätswende und die Erreichung der Klimaziele. Gleichzeitig stellt er eine wichtige soziale Infrastruktur dar, die allen Menschen Teilhabe ermöglicht. Im Großraum Braunschweig wurden jedoch durch die Mehrheit von SPD und CDU im Regionalverband massive Kürzungen im Regiobusverkehr beschlossen, die die Mobilität vieler Menschen einschränken und den Umstieg vom Auto auf den ÖPNV erschweren. Diese Kürzungen stehen in direktem Zusammenhang mit der unzureichenden Finanzierung des ÖPNV durch das Land Niedersachsen. Mit lediglich 15 Euro pro Einwohner*in liegt Niedersachsen laut einer NDR-Erhebung von 2022 auf dem letzten Platz im bundesweiten Vergleich der Landesförderung für den ÖPNV. Diese chronische Unterfinanzierung führt dazu, dass Kommunen und Regionalverbände die notwendigen Verkehrsangebote nicht aufrechterhalten können. Daraus resultiert, dass der ÖPNV in Niedersachsen bundesweit, nach Angebot, den letzten Platz belegt. Der Regionalverband Großraum Braunschweig finanziert den Regiobusverkehr seit 2014 mit jährlich 4,5 Millionen Euro über die Verbandsumlage, während der tatsächliche Bedarf bei mindestens 5,5 Millionen Euro liegt. Diese Finanzierungslücke führt zu den aktuellen Kürzungen und gefährdet die Mobilitätsversorgung insbesondere in ländlichen Gebieten der Region. Für 2025 konnte das ÖPNV-Angebot in der Region zwar vorübergehend gesichert werden, jedoch drohen ohne strukturelle Änderungen in der Finanzierung weitere Kürzungen in den Folgejahren. Dies steht im Widerspruch zu den Zielen des Nahverkehrsplans des Regionalverbands Großraum Braunschweig, der eigentlich einen Ausbau des ÖPNV vorsieht. Eine Erhöhung der Landesausgaben auf mindestens 50 Euro pro Einwohner*in würde den Kommunen die notwendigen finanziellen Spielräume geben, um nicht nur Kürzungen zu vermeiden, sondern auch in einen attraktiven und klimafreundlichen ÖPNV zu investieren. Dies ist ein entscheidender Beitrag zur Mobilitätswende und zum Klimaschutz. Weiterhin handelt es sich bei den geforderten 50 Euro um die Summe, die ebenfalls von den Kommunalen Spitzenverbänden gefordert wird.

V2 Die Zukunft der Schachtanlage Asse II

Gremium: Grüne Jugend KV Wolfenbüttel
Beschlussdatum: 03.11.2025
Tagesordnungspunkt: #14 Verschiedene Anträge

Zusammenfassung

Die Zukunft der maroden Schachtanlage Asse II ist weiter unklar. Im laufenden Genehmigungsverfahren sollen Entscheidungen transparent und wissenschaftlich fundiert getroffen werden. Ein Zwischenlager im angrenzenden Naturschutzgebiet lehnen wir ab, da es erhebliche ökologische Risiken birgt. Stattdessen sollen Alternativen geprüft werden, die Umwelt und Bevölkerung besser schützen. Unabhängige Gutachten und eine regelmäßige Überprüfung bisheriger Entscheidungen sind notwendig. Junge Menschen müssen stärker in den Prozess einbezogen werden, da sie langfristig mit den Folgen leben müssen. Ein offener, partizipativer und sicherer Umgang mit den radioaktiven Abfällen ist entscheidend für Vertrauen und Akzeptanz in der Region.

- 1 Die Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Niedersachsen möge beschließen:
- 2
- 3 1. Die Grüne Jugend Niedersachsen setzt sich für ein lernendes und ergebnisoffenes Verfahren zur Zukunft der ASSE II Schachtanlage ein.
- 4
- 5 2. Die Grüne Jugend Niedersachsen spricht sich entschieden gegen die Errichtung eines Zwischenlagers im angrenzenden Naturschutzgebiet aus und fordert die Prüfung alternativer Standorte, die ökologisch verträglicher sind.
- 6
- 7
- 8 3. Die Grüne Jugend Niedersachsen unterstützt Klagen zur Asse II, um einen rechtlich und für die Bevölkerung sicheren Prozess zu gewährleisten.
- 9
- 10 4. Die Grüne Jugend Niedersachsen setzt sich dafür ein, Mitsprachemöglichkeiten für Jugendverbände und Jugendorganisationen zu Fragen rund um die ASSE II zu schaffen, zu verstetigen und auszubauen.
- 11
- 12
- 13 5. Die Grüne Jugend Niedersachsen fordert, dass zukünftig jedwede Entscheidung zur ASSE II Anlage auf Grunlage von unabhängigen, wissenschaftlichen Gutachten und Erkenntnissen getroffen werden muss und bisherige Entscheidungen nach aktuellem Stand der Wissenschaft, unabhängig, überprüft werden müssen.
- 14
- 15
- 16
- 17 6. Die Grüne Jugend Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit im gesamten Genehmigungsverfahren einzusetzen, das mit dem ersten Antrag nach § 9 Atomgesetz am 30.Juni 2025 offiziell gestartet wurde.
- 18
- 19
- 20

Begründung

Die Zukunft der radioaktiven Abfälle aus der maroden Schachtanlage Asse II ist eine der größten nuklearen Herausforderungen in Niedersachsen. Seit dem Start des offiziellen Genehmigungsverfahrens am 30. Juni 2025 mit dem ersten Antrag nach § 9 Atomgesetz ist es wichtiger denn je, dass dieser Prozess transparent und unter Einbeziehung aller Betroffenen stattfindet. Aus diesem Grund setzen wir uns ganz besonders für die vermehrte Beteiligung junger Menschen ein, die über Jahrzehnte mit den Entscheidungen von heute und gestern leben müssen, obwohl sie keine Möglichkeit hatten an den Gesetzen der 60er bis 2010er Jahren mitzuwirken bzw. mitzuentscheiden. Die bisherige Kommunikation der BGE, wie sie in den monatlichen Berichten erfolgt, reicht nicht aus, um einen echten Dialog auf Augenhöhe zu gewährleisten. Die komplexen technischen Herausforderungen, bspw. in Hinblick auf Berverschiebungen, etc., erfordern eine intensive Zusammenarbeit zwischen Behörden, Expert*innen und der Zivilgesellschaft. Besonders kritisch sehen wir die Planungen für ein Zwischenlager im angrenzenden Naturschutzgebiet. Bedenken und wissenschaftliche Gutachten müssen ernst genommen und im weiteren Verfahren berücksichtigt werden, um eine wissenschaftlich korrekte und von der Bevölkerung akzeptierte Lösung zu finden. Seit der Änderung des Atomgesetzes im Jahr 2009 liegt die Verantwortung für die Asse II beim Bund. Diese Verantwortung muss wahrgenommen werden, indem ein transparenter und partizipativer Prozess sichergestellt wird, der die Interessen der Bevölkerung und der Umwelt in den Mittelpunkt stellt.

V3 Keine Inbetriebnahme von Schacht Konrad: Für eine sichere und transparente Atommüllpolitik in Niedersachsen

Gremium: Grüne Jugend KV Wolfenbüttel
Beschlussdatum: 03.11.2025
Tagesordnungspunkt: #14 Verschiedene Anträge

Zusammenfassung

Schacht Konrad bei Salzgitter soll als Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll dienen. Doch das Projekt gilt seit Jahren als unsicher und überholt. Der Standort weist geologische und wasserrechtliche Risiken auf, die eine sichere Lagerung über Jahrtausende unmöglich machen. Trotz massiver Kritik aus Wissenschaft, Bevölkerung und Zivilgesellschaft wird an der Inbetriebnahme festgehalten. In der Region formiert sich seit Jahrzehnten breiter Widerstand gegen das Endlager. Statt Schacht Konrad braucht es eine neue, transparente und wissenschaftlich basierte Standortsuche. Die Atommülllagerung darf nicht auf Kosten von Mensch, Umwelt und zukünftigen Generationen erfolgen.

- 1 Die Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Niedersachsen möge beschließen:
- 2 1. Die Grüne Jugend Niedersachsen lehnt die Inbetriebnahme des Endlagers Schacht Konrad unter den aktuellen Voraussetzungen strikt ab.
- 3 2. Die Grüne Jugend Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen, um die Inbetriebnahme von Schacht Konrad zu verhindern, solange nicht höchste Sicherheitsstandards nachweislich erfüllt sind.
- 4 3. Die Grüne Jugend Niedersachsen fordert eine unabhängige Überprüfung der Sicherheitsvorschriften und -standards für Schacht Konrad unter Berücksichtigung aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse.
- 5 4. Die Grüne Jugend Niedersachsen unterstützt das breite gesellschaftliche Bündnis gegen Schacht Konrad und solidarisiert sich mit Klagen der Umweltverbände.
- 6 5. Die Grüne Jugend Niedersachsen fordert einen standortunabhängigen, bundesweiten Auswahlprozess für die Suche eines geeigneten Endlagers.

Begründung

Dieendlagerung von schwach- und mittelradioaktivem Atommüll in Schacht Konrad bei Salzgitter ist nach wie vor höchst umstritten. Obwohl das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) keine Hinweise auf Sicherheitsdefizite sieht, bestehen erhebliche Bedenken hinsichtlich der Eignung des Standorts. Aktuelle Entwicklungen zeigen, dass eine Inbetriebnahme von Schacht Konrad keineswegs der "Problemlöser" für den schwach- und mittelradioaktiven Atommüll ist, wie aus Informationen der AG Schacht Konrad vom Juni 2025 hervorgeht. Die Betreibergesellschaft BGE behauptet zwar, dass die Inbetriebnahme durch das Wasserrecht nicht gefährdet sei, aktuell darf allerdings kein Gebinde eingelagert werden, da keinerlei Wasserrechtliche Genehmigungen vorliegen. Es müssen alle Sicherheitsaspekte kritisch hinterfragt werden. Ein breites gesellschaftliches Bündnis, unterstützt Klagen gegen das Endlager. Diese breite Ablehnung zeigt, dass die Bedenken der Bevölkerung ernst genommen werden müssen. Die Grüne Jugend Niedersachsen muss es als ihre Verantwortung sehen, sich für eine sichere und nachhaltige Lösung der Atommüllproblematik einzusetzen. Die Sicherheit der Menschen und der Umwelt muss oberste Priorität haben. Eine Inbetriebnahme von Schacht Konrad darf nur erfolgen, wenn höchste Sicherheitsstandards nachweislich erfüllt sind und die Bevölkerung umfassend informiert wurde. Die Entscheidung über die Zukunft von Schacht Konrad hat weitreichende Konsequenzen für kommende Generationen. Daher ist es unerlässlich, alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen und eine transparente, wissenschaftlich fundierte Debatte zu führen.

V10 Starke Debatten in einem starken Verband

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: #14 Verschiedene Anträge

1 Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen setzt sich für die Schaffung eines politischen
2 Forums für junge Menschen in unserer Gesellschaft ein. So steht es in der
3 Präambel unserer Satzung. Ein politisches Forum auf Landesebene sollte sich
4 nicht auf den Austausch vor und nach einer Abstimmung und Fragestellung zu
5 Redebeiträgen beschränken.

6 Wir möchten einen Landesverband, in dem Debatten auf Landesebene auch außerhalb
7 der halbjährigen Landesmitgliederversammlungen stattfinden können. Dies sollte
8 durch den Landesvorstand gefördert und ermutigt werden.

9 Zu einem guten Austausch gehört ein solidarisches Miteinander. Wir möchten
10 sicherstellen, dass auch in hitzigen Debatten unser Umgang nicht leidet. In den
11 folgenden Forderungen weisen wir den Landesvorstand daher an, Maßnahmen zu
12 erarbeiten. Diese haben das Ziel auch bei emotionalen Debatten einen Modus zu
13 finden, mit dem der Verband nicht vergisst, dass wir alle an einem Strang ziehen
14 sollten. Dies war in der Vergangenheit nicht immer gegeben.

15 Wir erhoffen uns daher, dass ähnlich dem geschaffenen Struktur:Update auf
16 Bundesebene auch ein entsprechender Prozess auf Landesebene angestoßen werden
17 kann.

18 Zentral finden wir die politische Partizipation marginalisierter Gruppen. Diese
19 umfassen Perspektiven von FLINTA*- und queere Personen, MARE*-Personen
20 (Migrantische Mitglieder und/oder Menschen mit Rassismus und/oder
21 Antisemitismuserfahrungen), Sinti*zze und Rom*ja, Schüler*innen, Betroffene von
22 Ableismus, Menschen aus dem ländlichen Raum und mit prekärem sozioökonomischem
23 Hintergrund.

24 Wir fordern den Landesvorstand auf:

25 • gemäß Antrag A-12 des ersten Länderrats 2025 eine Debattenkultur zu
26 etablieren, "die auf Empowerment, Respekt und dem Abbau von
27 Dominanzverhalten basiert", diese Bemühungen auch auf Bundesebene zu
28 fördern und diese fortlaufend zu reflektieren.

29 • die Erstellung eines Leitfadens mit Zielen und Maßnahmen für eine
30 erstrebenswerte Debattenkultur innerhalb unseres Landesverbandes zu
31 erarbeiten. Dies soll durch die Zusammenarbeit mit den Teams erfolgen.

32 • Interventionen für Landesveranstaltungen zu entwickeln, um auf verbale
33 Grenzüberschreitungen schneller und effizienter reagieren zu können. Die
34 eingeführten Interventionen sind regelmäßig zu reflektieren.

35 • Debatten auf Landes- und Bundesebene durch Austauschformate über
36 Kreisverbände hinaus zu begleiten und eine Behandlung von Debatten auf
37 Landesebene zu ermöglichen. Hierbei soll der Landesvorstand den Austausch

38 schon vor der Mitgliederversammlung anregen, bei Bedarf unterstützen und
39 eine begleitete Nachbesprechung anbieten.

40 • sich gemäß Antrag A-12 des ersten Länderrats 2025 stärker daran zu
41 beteiligen, die Einbindung genannter marginalisierter Gruppen in
42 verbandsinternen Debatten zu fördern.

Begründung

erfolgt mündlich